

Wer schadet, der haftet: Klimaklagen als letzte Chance?

Von KARIN ZENNIG

Mindestens 1400 Menschen sind Ende November durch Überschwemmungen und Erdrutsche infolge massiver Regenfälle in Sri Lanka, Thailand, Indonesien und Malaysia gestorben, tausende weitere galten Anfang Dezember als vermisst. Über vier Millionen Menschen sind von den verheerenden Zerstörungen von Straßen, Gebäuden und Brücken betroffen oder gar vertrieben worden. Verantwortlich dafür war dieses Mal der Zyklon Ditwah. Erst kurz zuvor hatte auf den Philippinen ein Taifun gewütet, und im Spätsommer setzten extreme Regenfälle die pakistanische Provinz Punjab unter Wasser. Die Ereignisse zeigen: Die Klimakrise findet hier und jetzt statt und die Menschen in Süd- und Südostasien bekommen sie ganz besonders stark zu spüren.

Die Zunahme solcher dramatischen Wetterphänomene und deren zerstörerischen Auswirkungen haben Attributionswissenschaftler:innen schon lange vorhergesagt und immer wieder als Folge der menschengemachten Erderhitzung gewertet.¹ Diese Realität bildet Jahr für Jahr der Weltrisikobericht ab, der Süd- und Südostasien als eine der am stärksten von der Klimakrise betroffenen Regionen ausweist. Und Jahr für Jahr tragen sie auch die Delegationen der betroffenen Länder auf den Weltklimakonferenzen vor. Sie fordern nicht nur, die Erderhitzung und damit die Zunahme der Extremwetterereignisse durch die Reduktion von Treibhausgasemissionen zu stoppen, sondern

auch Katastrophenvorsorge und Maßnahmen zur Klimaanpassung zu forcieren und die von den Zerstörungen betroffenen Gebiete mit Mitteln aus einem internationalen Fonds für Schäden und Verluste zu unterstützen. Allein, die Rufe verhallen weitgehend ergebnislos. Das zeigte sich erneut auf der diesjährigen COP30 im brasilianischen Belém, auch wenn sich deren Präsident, der brasilianische Topdiplomat André Aranha Corrêa do Lago, etwas anderes vorgenommen hatte. Zwar rief Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva den seit der COP28 in Dubai ausstehenden Plan zum fossilen Ausstieg in seiner Eingangsrede prominent in Erinnerung, aber in der Abschlusserklärung der COP findet er sich weder begrifflich noch als Absichtserklärung wieder.

Dabei sollte es die »COP der Wahrheit« werden, wie es Lula in einem Gastbeitrag

für die FAZ formuliert², doch die tatsächlich zutage getretene Wahrheit ist die eines im Wesentlichen unbirrt fortgesetzten Modus des Kuhhandels und der blockierenden Veränderungen:

Fossile Lobbyist:innen waren auf dieser COP mit 1600 Vertreter:innen und als Teil nationaler Verhandlungsdelegationen präsenter als die nationalen Delegationen besonders betroffener Regionen und Bevölkerungen zusammengenommen.

1 Vgl. worldweatherattribution.org.

2 Luiz Inácio Lula da Silva, Diese Klimakonferenz ist ein Moment der Wahrheit, faz.net, 6.11.2025.

Statt über die Vermeidung und Reduktion fossiler Emissionen diskutieren diese lieber über technische Lösungen zur Begrenzung der Erderhitzung, von *Carbon Storage* bis *Geoengineering*. Und weil die drohende planetare Verwüstung selbst offenbar nicht Anreiz genug ist, soll die Bemessung und Verrechnung von Waldemissionen (REDD+) Anreize zum Schutz von Wäldern schaffen, obwohl eine Studie

Bislang ist der Finanzierungsbedarf für Klimaanpassungen in den Ländern des Globalen Südens 12- bis 14-mal so hoch wie die aktuell dafür zur Verfügung stehenden Mittel. Und bei zwei Dritteln der tatsächlich fließenden Mittel handelt es sich um Kredite, die die Schuldenspirale und Abhängigkeit dieser Länder von bestimmten Exportprodukten - zu denen maßgeblich emissionsintensive Güter und Rohstoffe zählen - weiter vertieft.

»Der Finanzierungsbedarf für Klimaanpassungen in den Ländern des Globalen Südens ist 12- bis 14-mal so hoch wie die dafür zur Verfügung stehenden Mittel.«

dieses Instrument in seiner Wirkungsweise bereits als fragwürdig eingestuft hat.³

Zwar wurden Indikatoren für gelungene Klimaanpassung erarbeitet und die Ziele zur Klimafinanzierung nominell verdreifacht, allerdings ohne einen Ausgangswert festzulegen oder Wege zu finden, um die zu geringe Zahlungsmoral der Geberländer zu verbessern. Ohne Geld aber haben die Länder des Globalen Südens keine Kapazitäten für den Ausbau von Anpassungsmaßnahmen, den Aufbau von Frühwarnsystemen oder für die Ausbildung von Resilienz. Dabei trifft die Klimakrise diese Länder am härtesten. Ihre Bevölkerungen haben am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen, sind aber durch (post-)koloniale Ausbeutung oft vulnerabler für Katastrophen, während sie zugleich über geringere fiskalische, institutionelle und gesellschaftliche Ressourcen verfügen, um sich zu schützen.⁴

3 Thales A. P. West u.a., Action needed to make carbon offsets from forest conservation work for climate change mitigation, in: »Science«, 25.8.2023.

4 Vgl. Friederike Otto, Fossilistischer Kolonialismus. Wie Klimakrise und globale Ungerechtigkeit sich wechselseitig verstärken, in: »Bätter«, 12/2025, S. 83-91.

Auf dem Weg in eine 2,8 Grad-Welt

Zehn Jahre nach dem Pariser Abkommen zur Einhaltung der 1,5 Grad-Grenze haben Wissenschaftler:innen nun auf der COP30 angekündigt, dass sich die Welt bei Fortführung der aktuellen Politik auf 2,8 Grad Erderhitzung zubewegt. Dass der Internationale Gerichtshof (IGH) erst im Juli in einem Rechtsgutachten festgestellt hatte, dass eine angemessene Klimapolitik nicht auf Freiwilligkeit beruht, sondern eine völkerrechtliche Verpflichtung für Staaten darstellt, weil die Menschenrechte ganzer Regionen und Generationen daran hängen⁵, fand weder in den Verhandlungen auf der COP30 noch bei den neu anvisierten nationalen Emissionszielen einen spürbaren Widerhall - auch nicht bei Ländern, die ihrem Selbstverständnis nach demokratisch, fortschrittlich und menschenrechtsbasiert konstituiert sind. Dieser Gestus der Ignoranz kam wohl am besten in Bundeskanzler Friedrich Merz' Äußerung zum Ausdruck, »dass die Welt morgen schon nicht untergehen werde.«

An dem routinierten COP-Betrieb konnte auch die massive Präsenz indigener Gemeinden und die beeindruckende politische Mobilisierung zur *Cupula dos Povos*, einem parallel stattfindenden »Klimagipfel der Völker« nichts ändern. Mit dem Sturm auf die *blue zone*, ein abgeschirmtes und zugangsbeschränktes

5 International Court of Justice, Obligations of States in respect of Climate Change, icj-cij.org, 23.7.2025. Zum Hintergrund vgl. History made at the world's highest court, pisfccc.org.

Areal für die UN-Verhandlungen, und Protesten vor dem Eingang der COP haben sie aber diverse politische Zugeständnisse erteilen können.

Dass der brasilianische COP-Präsident sogar persönlich auf der Cupula erschien, um sich den Forderungskatalog der sozialen Bewegungen übergeben zu lassen, ist nicht nur im Vergleich zu den vergangenen Klimakonferenzen in autoritären Staaten bemerkenswert, sondern auch sonst ein Novum mit großer symbolischer Strahlkraft.

Und trotzdem bildete der *Curupiera*, die indigene Sagengestalt, die alle Plakate und Druckerzeugnisse der COP30 schmückte, in sicherlich ungewöllter Weise ein treffendes Sinnbild für die diesjährige Konferenz: Der Curupiera ist eine Person, deren Füße in die falsche Richtung weisen, um Verfolger im Urwald zu verwirren und die tatsächliche Bewegungsrichtung zu verschleiern. Jene Menschen, die dem Überlebenskampf in den entstehenden Katastrophenzonen ausgeliefert sind, stehen ebenso wie Hilfsorganisationen vor der Frage, wie man den Kreislauf aus Zerstörung, Wiederaufbau und abermaliger Zerstörung durchbrechen kann, solange die Orte der Politik, an denen Lösungen und Regulierungen entwickelt werden müssten, sich dafür als ungeeignet erweisen.

Klimakämpfe vor Gericht

Seit Jahren schon gibt es deswegen eine weltweit stetig steigende Anzahl an Klimaklagen. Während bisherige Klimaklagen vor allem darauf abzielten, Unternehmen oder Staaten zur Reduktion ihrer Emissionen oder zur Verhinderung künftiger Schäden und der Kostenübernahme für Schutzmaßnahmen zu verpflichten, gehen 43 Bäuer:innen aus Pakistan nun einen Schritt weiter: Sie haben sich in Klimagerechtigkeitskomitees organisiert und fordern mit einer Klage Kompensationen für bereits entstandene Klimaschäden, konkret für die ihnen während der Flutkatastrophe 2022 entstandenen Ernte-

schäden in Höhe von einer Mio. Euro.⁶ Unterstützt werden sie dabei von der Hilfsorganisation *medico international*, der Menschenrechtsorganisation ECCHR und den pakistanischen Organisationen NTUF und HANDS Welfare Foundation.

Die Klage der pakistanischen Bäuer:innen vor dem Landgericht Heidelberg ist eine der weltweit ersten dieser Art und könnte eine neue Phase der Klimagerechtigkeitsbewegung einläuten, die versucht, Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht für die Klimaschäden durchzusetzen, wo sie freiwillig nicht übernommen oder politisch seit Jahren in gesetzlichen Regulierungen ausgespart werden. Bei allen pakistanischen Kläger:innen handelt es sich um Bäuer:innen aus der Provinz Sindh, die am stärksten von den Überschwemmungen des Jahres 2022 betroffen war. Damals hatten extreme Regenfälle eine Fläche so groß wie zwei Drittel des deutschen Staatsgebiets für Monate unter Wasser gesetzt. 33 Millionen Menschen wurden vertrieben, verloren Haus, Vieh, Ernten und nicht selten Angehörige. Die Weltbank beziffert die entstandenen Schäden auf 30 Mrd. US-Dollar, ohne die mittel- und langfristigen Folgen wie zurückgehende Ernteerträge oder sinkende Wirtschaftsleistung einzubeziehen.

In der landwirtschaftlich geprägten Region verloren Millionen Bäuer:innen mit dem Verlust der Ernten ihre Einkommensgrundlage. Für Pakistan, das regelmäßig von Extremwetterereignissen heimgesucht wird, war die Überschwemmung die mit Abstand schwerste Katastrophe der vergangenen Jahre und hat das Land um mindestens ein Jahrzehnt in seiner Entwicklung zurückgeworfen.

Die von den 43 Bäuer:innen erhobene Schadensersatzforderung richtet sich dabei nicht gegen einen Staat, sondern gegen RWE, einen der größten Stromerzeuger Europas, sowie gegen Heidelberg Materials, einen der weltweit größten

6 Vgl. climatecostcase.org sowie Karin Zennig, Pakistan: Extremwetter als Normalzustand, in: »Blätter«, 8/2025, S. 29-32.

Zementhersteller. Beide Unternehmen sind nicht nur Branchenführer, sondern zählen auch zu den *Carbon Major*, einer Gruppe von etwas mehr als 100 Unternehmen, die für fast 70 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich sind und damit satte Gewinne einfahren.

Die pakistanischen Kläger:innen argumentieren, die Unternehmen seien rechtlich verpflichtet, den Schaden, der aus dem Ausstoß von Treibhausgasen resultieren wird, auf ein Minimum zu reduzieren. Denn RWE und Heidelberg Materials seien die Konsequenzen ihres Handelns seit sechs Jahrzehnten bekannt gewesen; dennoch hätten sie nicht nur sehr wenig unternommen, um ihre Emissionen zu senken, sondern auch jahrzehntelang versucht, die vom Gesetzgeber eingeführten verbindlichen Klimaschutzvorschriften zu schwächen. Damit hätten sie die sogenannte Verkehrssicherungspflicht verletzt, so die Argumentation. Als große historische Treibhausgasemittenten hätten RWE und Heidelberg Materials damit signifikant und pflichtwidrig zu den im Zuge der Überschwemmungen von 2022 entstandenen Schäden der Bauerngemeinden in Pakistan beigetragen und seien daher zum Schadensersatz verpflichtet.

Die Forderung stützt sich rechtlich auf einen allgemein anerkannten Grundsatz des Zivilrechts im Paragraphen 823 BGB: Der Verursacher einer schädigenden Handlung muss den entstandenen Schaden ersetzen. Auf Klimaschäden in Pakistan angewendet hieße dies, dass Industrien, die die Klimakrise verschärfen, einen Teil der Kosten für die daraus resultierenden Verluste und Schäden tragen müssen. Die grundsätzliche Möglichkeit der Haftung von Unternehmen für klimabedingte Schäden im Ausland hatte im Mai 2025 bereits der peruanische Bergbauer Saúl Luciano Lluya in einem bahnbrechenden Verfahren gegen RWE vor dem Oberlandesgericht Hamm erstritten.⁷

7 Vgl. rwe.climatecase.org.

Bislang konnten sich große Emittenten einer echten Rechenschaftspflicht entziehen. Die einzige Möglichkeit, um diejenigen, die maßgeblich zur Krise beigetragen haben, an deren Kosten zu beteiligen, ist zu versuchen, sie vor Gericht zur Verantwortung zu ziehen. Noch drei weitere Verfahren versuchen aktuell, dieses rechtliche Neuland zu beschreiten. Zuletzt reichte am 23. Oktober 2025 eine Gruppe von 67 Filipinos in Großbritannien Klage gegen den Ölkonzern Shell ein. Sie fordern Entschädigungen für die während des Taifuns Odette 2021 verlorenen Häuser, Lebensgrundlagen und Menschenleben. Bewohner:innen der indonesischen Insel Pari haben eine Klage gegen den Zementhersteller HOLCIM in der Schweiz eingereicht, in der ebenfalls Schadensersatzforderungen eine Rolle spielen. Und in Belgien klagt ein Landwirt gegen den Energieriesen TotalEnergies wegen klimabedingter Schäden und auf einen finanziellen Beitrag zur ökologischen Transformation.

Das Versagen der Politik, einen globalen Rechtsrahmen für die Betroffenen der Klimakrise zu schaffen, nötigt es diesen ab, ihr Recht, nicht geschädigt zu werden, unter immensem Aufwand und Nachweispflichten Fall für Fall durchzukämpfen. Im Gerichtssaal verwandeln sie sich dabei in Akteur:innen und bringen Konzerne tausende Kilometer entfernt in Erklärungsnot. Und sie schaffen damit womöglich auch eine politische Perspektive, die über die jeweiligen Fälle hinausweist: Denn sollten die pakistanischen Bäuer:innen oder die philippinischen Fischer:innen mit ihren Klagen Erfolg haben, können Unternehmen die Kosten umwelt- und menschenfeindlicher Produktionsweisen nicht länger auf die Menschen vor allem im Globalen Süden auslagern. Stattdessen müssten sie sie in Zukunft in ihre Rechnungen einpreisen. Umweltschädliche Geschäftsmodelle würden sich dann nicht mehr lohnen. Das aber wäre eine weitaus bessere Basis für die kommenden Klimaverhandlungen. ◇